



Gute Pflege
Mit solidarischer
Bürgerversicherung jetzt

Gerechtigkeit und Solidarität sind für ver.di unverzichtbare Merkmale des Gesundheitssystems und einer sozialen und solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung. Dies erfordert, nicht nur den Ausgleich zwischen gesund und krank und jung und alt, Frauen und Männern sondern auch zwischen Einkommensstarken und Einkommensschwachen zu sichern.

Grundidee ist die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung nach ihrem jeweiligen finanziellen Leistungsvermögen. Sie schließt zukünftig auch die Gutverdienenden, Beamten und Selbständigen in das solidarische System ein. Außerdem würden auch Beiträge auf Miet-, Zins- und Kapitaleinkünfte erhoben werden. Kleine und mittlere Einkommen sollen entlastet, höhere Einkommen hingegen belastet werden. **Dadurch soll das Prinzip der Solidarität gestärkt und die Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung auf eine breitere und damit sicherere Basis gestellt werden.** Gleichzeitig wird deutlich, dass es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt.



Das schafft finanzielle Mittel, **um GUTE PFLEGE** materiell sicherzustellen. **GUTE PFLEGE** mit humanen Arbeitsbedingungen ist machbar und bezahlbar. Dafür bringen wir jetzt politische Bewegung in die Altenpflege, damit sich endlich etwas ändert.

Liebe Bürgerin, lieber Bürger: Unterstützen Sie uns!

Liebe Kollegin, lieber Kollege: Mach mit!

Die Eckpunkte des BürgerInnenversicherungsmodells von ver.di im Einzelnen:

1. Die Versicherungspflichtgrenze soll aufgehoben, die Pflicht zur Versicherung in der GKV auf alle Erwerbstätigen ausgeweitet werden.
2. Bestehende Verträge mit Unternehmen der privaten Krankenversicherung genießen Bestandsschutz.
3. Beamtinnen und Beamte, die neu in den öffentlichen Dienst eintreten, werden sofort einbezogen. Der Dienstherr gewährt einen Zuschuss in Höhe des halben Krankenversicherungsbeitrages. Dies gilt auch für Beamtinnen und Beamte die bereits jetzt (freiwilliges) Mitglied in der GKV sind.
4. Auch Selbstständige werden pflichtversichert. Ihr Beitrag soll sich am realen Einkommen bemessen, und nicht wie bislang an einem angenommenen Mindesteinkommen von 1.800 €. Als Ersatz für den ArbeitgeberInnenanteil soll bei kleinen Einkommen ein Zuschuss aus Steuermitteln gewährt werden, der über eine staatliche AuftraggeberInnenabgabe refinanziert werden kann.
5. Für Kinder muss die Familienmitversicherung erhalten bleiben. Gleiches gilt für Erwachsene, die Familienarbeit leisten (Kindererziehung, Pflege).
6. Zur Erweiterung der Finanzierungsbasis und zur Senkung der Beitragssätze soll die Beitragsbemessungsgrenze angehoben und an die Entwicklung der Arbeitsentgelte aus Vollzeitbeschäftigung angepasst werden. Dabei soll ein angemessenes Verhältnis von (Höchst-) Beitrag zu Versicherungsleistung beachtet werden.
7. Die Bemessungsgrundlage soll um weitere Einkommensarten wie Kapital- und Zinserträge oder Mieteinnahmen erweitert werden. Dabei gilt es, rechtlich belastbare und unbürokratische Lösungen zu entwickeln, die durch angemessene Freibeträge für verteilungspolitische Gerechtigkeit sorgen.
8. Die ArbeitgeberInnen bleiben zur hälftigen Übernahme der Beiträge aus Arbeitsentgelten verpflichtet. Damit bleibt ihr Interesse an Qualität und Effizienz der GKV erhalten und sie verbleiben zugleich in der Verantwortung für die Gesundheit ihrer Beschäftigten.
9. Das Unterlaufen der Parität durch Leistungsausgrenzungen und Selbstbeteiligungen muss zurückgeführt werden. Die breitere Beitragsbasis in einer BürgerInnenversicherung soll dazu genutzt werden, Krankengeld und Zahnersatz wieder in die paritätische Finanzierung einzubeziehen und Zuzahlungen abzubauen.
10. Der Beitragssatz soll stabil gehalten oder gar gesenkt werden. Die Mehreinnahmen in einer BürgerInnenversicherung sollen aber auch dazu genutzt werden, die Gesundheitsversorgung zu verbessern - indem unter anderem in die Prävention und eine bessere Integration der Gesundheitsversorgung investiert wird. Ineffizienzen dürfen nicht gefördert werden. Gute Qualität ist zu stärken.
11. Die soziale Selbstverwaltung muss erhalten bleiben.

Mehr Informationen?

- <http://www.verdi.de/positionen/buergerversicherung>
- Eckpunkte des DGB für eine solidarische Bürgerversicherung (Information zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik - ISA - , über www.dgb.de)
- Altenpflege in Bewegung - bundesweit - www.gesundheit-soziales.verdi.de/branchenpolitik/bewegung_altenpflege
- Altenpflege in Bewegung - Region Stuttgart - www.stuttgart/Fachbereiche/fb03
- Mitglied werden: www.darum-verdi.de

V.i.S.d.P & Kontakt

Christina Ernst und Rosemarie Medak, Gewerkschaftssekretärinnen, ver.di-Bezirk Stuttgart, Fachbereich 3 (Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen) Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, Tel. 0711-1664-030/-031, E-Mail: christina.ernst@verdi.de und rosemarie.medak@verdi.de